

Forstenried: Runder Tisch zur Schießanlage **Rede-Duelle ohne Pulverdampf**

Nachbarn und Schützen sind um Sachlichkeit bemüht

Von Renate Winkler-Schlang

Ein Runder Tisch mit 23 Beteiligten erörterte am Dienstagabend vier Stunden lang den sechsseitigen Fragenkatalog von Bezirksausschuss und Bürgern zum umstrittenen Umbau der Scheißenanlage des Vereins Hubertus Unterdill – und am Ende war immer noch sehr viel unklar. Stadtrat Christian Amlong (SPD) hielt die Debatten über Lärmschutz, Schusszahlen und Schiesszeiten, über Gutachten und Grenzwerte und über Zuständigkeiten ohnehin für überflüssig: Ganz offenbar handle es sich nicht nur um das Erfüllen von Umweltschutzauflagen sondern um eine „signifikante Erweiterung“. Diese sei vom Bestandsschutz nicht gedeckt und daher hier im Außenbereich planungsrechtlich nicht zulässig, erklärte er. Der Stadtrat werde nicht zulassen, dass diese Projekt als Geschäft der laufenden Verwaltung behandelt werde. Der Vorsitzende des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen-Obersending-Forstenried-Fürstenried-Solln, Hans Bauer (SPD), arbeitete dennoch akribisch Punkt für Punkt ab.

Bürgerinitiative formiert sich

Die Atmosphäre blieb im nur halb besetzten Bürgersaal sachlich. Am heutigen Donnerstag, 19 Uhr, wollen die Anlieger im Saal an der Züricher Straße 35 eine Bürgerinitiative gründen. Doch Dieter Schöne, Heinz Kuhnert, Petra Reitberger und Bernhard Schweizer waren sicher, im Namen ihrer Nachbarn zu sprechen, denn sie hatten 90 Zettel in umliegende Briefkästen verteilt, um sich eine Legitimation zu holen – und erhielten schnell 300 Unterschriften zurück. Auch die Gegenseite, die Schützen, saßen mit vier Vertretern am Tisch: Der zweite Vorstand Robert Schmid und Schatzmeister Christian Oberhofer wurden unterstützt von Beate Marschall, der Geschäftsführerin des Bayerischen Sportschützenbundes und vom planenden Ingenieur Jürgen Voss. Dieser nahm der Diskussion mit einem Entgegenkommen viel von ihrer Schärfe: Gleich zu Beginn erklärte er, die Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) lasse hier ein vereinfachtes Verfahren ohne Beteiligung der Öffentlichkeit zu. Doch angesichts des Drucks werde der Verein Hubertus die Öffentlichmachung um der Transparenz willen beantragen: „Es bleibt uns wohl nichts anderes übrig.“

Gerald Höfler, Sachgebietsleiter im Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) erklärte, dass auf dies Weise alle Bürger nach der öffentlichen Auslegung der Pläne Einwände vorbringen könnten. Wenn die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt seien, bestehe dann aber auch ein Rechtsanspruch auf Genehmigung. Sollte eine erteilt werden, seien nur die Bürger klageberechtigt, die Einwände erhoben haben. Damit sei das Verfahren auch für den Verein berechenbarer. Der Landkreis, in dem der Großteil des Schützengeländes liegt, habe eine Stellungnahme abgegeben, die jedoch „noch einmal abgestimmt“ werden müsse, ergänzte Höfle.

Mechthild Keßler, aus der Lokalbaukommission erklärte, es sei zwar das RGU federführend, dennoch werde ihre Behörde das Vorhaben planungsrechtlich prüfen wie jedes andere auch. Die Frage, was genau außer dem denkmalgeschützten Hauptgebäude unter den Bestandsschutz falle, sei noch nicht geklärt. Hilfreich dabei wäre, wenn der Verein der Lokalbaukommission alte Baugenehmigungen vorlegen könnte. Das sei noch nicht geschehen. Voss jedoch erklärte, die Erlaubnis der Schießstätte stamme aus dem Jahr 1959, damals habe man keine Baugenehmigungen gebraucht, es bestehe aber sicher Vertrauensschutz.

Den Bürgern ging es um Ruhe, um Naherholungsmöglichkeiten und um Sicherheit. Nicht verstehen konnten sie, dass nach dem Umbau womöglich ganztags geschossen werden könne, wenn nur die Schusszahlen niedrig genug seien. Doch Umweltingenieurin Corina Hellinger vom RGU bestätigte, dass das Gesetz Lärmittelwerte vorsehe. Beate Marschall versicherte jedoch dass der Verein ohnehin nicht die Kapazität und die nötigen Schießaufsichten für Ganztagsbetrieb stellen könne.

Lärmquelle weiter entfernt

Die von Voss gefertigten Pläne sehen aus Lärmschutzgründen auch ein Drehen der Schussrichtung, hin zur Wohnbebauung, vor, denn dann sie die Lärmquelle weiter entfernt. Die Bürger jedoch wollen nicht beschossen werden. Daran änderte auch Manfred Thalhammer aus der Waffenbehörde des Kreisverwaltungsreferats nichts, der wiederholt versicherte, dass „nach menschlichem Ermessen“ keine Kugel die Anlage verlassen werde, „egal, welchen Winkel der Schütze wählt“. Die Initiative reichte als Anschauungsmaterial Munition herum. Es gebe auch Betrunkene, es gebe Fahrlässigkeit und Ungeschicklichkeit, fürchtete Kuhnert. Voss kündigte an, auch das Drehen der Anlage erneut zu prüfen.

Quelle:
16.07.2009 Süddeutsche Zeitung